

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

12.11.2021

Inhalt

EWN

1 Nord Stream 2: Umwelthilfe fordert erneute Prüfung <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 12.11.2021</i>	3
2 Umweltministerin Schulze schließt Bündnis gegen Atomkraft <i>Spiegel.de, 11.11.2021</i>	4
3 Faktencheck: Ist Atomenergie klimafreundlich? <i>dw.com, 11.11.2021</i>	6
4 Neues AKW-Kompetenzzentrum <i>Bayerische Staatszeitung, 12.11.2021</i>	10
5 Drei bis fünf Castoren sollen kommen <i>BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Bruchsaler Rundschau, 12.11.2021</i>	11

📰 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 12.11.2021 | S. 12

📄 Auflage: 29.839 | Reichweite: 74.194

👤 Frank Pubantz

OSTSEE-PIPELINE

Nord Stream 2: Umwelthilfe fordert erneute Prüfung

Kippt die Erdgasleitung von Russland nach Lubmin noch? Das Oberverwaltungsgericht in Greifswald soll am Dienstag darüber entscheiden. Die Deutsche Umwelthilfe hat das Bergamt in Stralsund im Visier. Deren Genehmigung von 2018 müsse auf den Prüfstand.

Wird die Erdgaspipeline Nord Stream 2 kurz vor der Inbetriebnahme noch gestoppt? Am kommenden Dienstag verhandelt das Oberverwaltungsgericht in Greifswald eine Klage der Deutschen Umwelthilfe gegen das Bergamt Stralsund. Forderung: Die Bau- und Betriebsgenehmigung müsse erneut auf den Prüfstand. Denn neue wissenschaftliche Erkenntnisse ließen stärkere schädliche Methan-Emissionen durch die Pipeline befürchten. Zudem habe das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung attestiert, dass Klimaschutz stärkeres Gewicht haben muss. Nord Stream 2 sei mit dem 1,5-Grad-Ziel „unvereinbar“. Die Klage stammt vom Sommer 2020.

Die Umwelthilfe möchte erreichen, dass die Genehmigung des Bergamts in Stralsund von 2018 überprüft wird. Neue Erkenntnisse zeigten, dass bei Lecks an Gasleitungen viel mehr umweltschädliches Methan

freigesetzt werde. Zudem verstoße der Bau gegen das europarechtlich verankerte Vorsorgeprinzip; Umweltschäden müssten also vorbeugend vermieden werden.

„Die Klimawirkung von Nord Stream 2 wurde bis heute nicht untersucht, obwohl die Pipeline das größte fossile Projekt Europas ist“, erklärt Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der Umwelthilfe. „Mit unserer Klage möchten wir dafür sorgen, dass dies nachgeholt wird. Spätestens seit dem Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts ist klar: Gerade bei solchen Mega-Projekten dürfen die Klimaziele nicht ignoriert werden.“ Möglich sei, dass das OVG bereits am Dienstag entscheide. Nord Stream 2 will sich nicht zu der Klage äußern. Die Pipeline von Russland bis Lubmin ist fertig, einer der beiden Stränge bereits mit Gas befüllt.

DER SPIEGEL

📄 Spiegel.de | 11.11.2021 | S. 18:09 Uhr

👤 Gerald Traufetter

🔗 WEBLINK

KLIMAKONFERENZ IN GLASGOW

Umweltministerin Schulze schließt Bündnis gegen Atomkraft

Bundesumweltministerin Svenja Schulze will verhindern, dass Atomkraft als grüne Energiequelle eingestuft wird. Bei der Weltklimakonferenz stellt sie sich offen gegen EU-Partner Frankreich.

Für Bundesumweltminister Svenja Schulze war es ihr erster öffentlicher Auftritt auf der Weltklimakonferenz. Am Morgen war sie, noch müde von den Koalitionsverhandlungen in Berlin, in Glasgow angekommen. Schon dieser Umstand macht deutlich, wie wichtig ihr das Anliegen war, mit dem sie vor die Presse ging. Ihr erster Satz lautet: »Wir sehen uns weiter zum Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Ende des kommenden Jahres verpflichtet.«

Auf einer eilig einberufenen Pressekonferenz stellte Schulze eine Deklaration vor. Gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus Dänemark, Österreich, Luxemburg und Portugal sperren sie sich Überlegungen in der EU, Strom aus AKWs als grüne Energie anzuerkennen. Der Auftritt war eine deutliche Warnung an die EU-Kommission.

Hochgefährliche Initiative für deutsche Wirtschaft

Denn die arbeitet derzeit an einer Verordnung, die festlegt, welche Energiequellen Unternehmen und Investoren sich als nachhaltig anrechnen lassen dürfen. In den kommenden Monaten soll die sogenannte Taxonomie-Regelung vorgestellt werden. Hinter den Kulissen ist darüber ein heftiges Ringen entstanden, mit potenziell hochgefährlichen Folgen für die deutsche Wirtschaft.

Vor allem der Nuklearstaat Frankreich kämpft dafür, dass die Anrechenbarkeit von Atomstrom durch Brüssel akzeptiert wird. Auch osteuropäische Staaten wie Polen setzen sich dafür ein. Sie haben Pläne für den Neubau von Atomreaktoren. Erst gestern hatte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron in einer Fernsehansprache diese Absicht noch einmal bekräftigt. »Um Frankreichs Energieunabhängigkeit zu gewährleisten und unser Ziel der Kohlenstoffneutralität im Jahr 2050 zu erreichen, werden wir zum ersten Mal seit Jahrzehnten die Errichtung von Kernreakto-

ren wieder aufnehmen«, sagte Macron.

Insofern ist der Auftritt von Schulze auch als eine Kampfansage gegen Paris zu werten. Die Folgen einer möglichen Einstufung der Kernenergie als nachhaltig sind weitreichend, vor allem für Deutschland. Denn das Land verabschiedet sich kommendes Jahr aus der Kernenergie. Grüner Strom muss dann vor allem aus Wind und Sonne hergestellt werden. Anlagen in ausreichender Menge sind allerdings noch zu wenig vorhanden.

Für die Industrie ist das ein besonderes Problem: Sie braucht für die Herstellung ihrer Produkte Ökoenergie in rauen Mengen, etwa in der Stahl- oder Zementindustrie. Nur so können die Unternehmen ihre Klimaziele erfüllen.

Wenn jetzt die Konkurrenz etwa in Frankreich auch auf Atomstrom zurückgreifen kann, dann wäre das für die Unternehmen dort ein großer Vorteil: Sie könnten etwa den mit Atomstrom und Wasserstoff hergestelltes Stahl als grün deklarieren. Deutsche Unternehmen müssten kostspielige Investitionen in Erneuerbare stemmen, ansonsten müssten sie für die Kompensation des entstandenen Kohlendioxid Geld zahlen. Das schreckt auch Kapitalgeber ab, die grüne Investments suchen.

»Die Atomkraft ist zu riskant, zu teuer und zu langsam«

Entsprechend deutliche Worte fand Schulze bei ihrem Auftritt in Glasgow: »Die Atomkraft ist zu riskant, zu teuer und zu langsam«, sagte sie. In den kommenden zehn bis zwanzig Jahren, dann, wenn der Umbau des Energiesystems praktisch abgeschlossen werden muss, würden neue Atomreaktoren nicht realisierbar sein, so Schulze. »Atomkraft ist einfach nicht nachhaltig, und es gibt Alternativen, die jetzt bereitstehen«, sagte die Ministerin und hob dabei auf Wind- und So-

larenergie ab.

Investoren könnten verunsichert werden

Die fünf unterzeichnenden Umweltminister befürchten zudem, dass Investoren durch die mögliche Anerkennung der Atomenergie verunsichert werden könnten. In dem Statement heißt es: »Wir rufen die Kommission auf, den mutigen Plan, die EU zum Leitmarkt für nachhaltige Finanzierung zu machen, nicht zu gefährden.«

Viele Investoren würden den Glauben in grüne Finanzprodukte verlieren. »Einige bekannte institutionelle Investoren haben ihren Widerstand geäußert, Nuklearenergie mit einzuschließen«, schreiben die Umweltminister in der Deklaration. Schulze versucht, ein starkes Zeichen gegen die Bemühungen der Atomindustrie, aber auch einer Reihe großer Staaten auf der Klimakonferenz in Glasgow zu setzen. Sie propagieren die Gewinnung von Strom aus der Kernspaltung als Klimarettung für den Planeten. Die USA, aber auch Frankreich und Brasilien haben sich auf der Konferenz offen dafür ausgesprochen.

Atomstaaten werben in Glasgow

Die US-Energieministerin Jennifer Granholm sagte in Glasgow, ihr Land sei »voll bei Nuklear dabei«. Es gin-

ge um das Bestreben, bis zum Jahre 2035 hundert Prozent Energie aus sauberen Quellen zu produzieren. Das sagte sie auf einer Veranstaltung der Internationalen Atomenergieagentur auf der Weltklimakonferenz mit dem Titel: »Nukleare Innovationen für eine Nettonull-Welt«.

Wie sich die EU-Kommission in der Frage entscheidet, Nuklearenergie als grüne Stromquelle anzuerkennen, ist unklar. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte sich im Oktober zwiespältig geäußert. »Wir brauchen mehr Erneuerbare Energien. Sie sind billiger, CO₂-frei und aus heimischer Produktion«, sagte sie, fügte aber hinzu: »Wir brauchen auch eine stabile Quelle: Atom und für den Übergang Gas.«

Ist Merkel schon vor Macron eingeknickt?

Beim letzten EU- Gipfel im vergangenen Monat in Brüssel gab es zudem hartnäckige Gerüchte, dass die scheidende Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Auseinandersetzung mit ihrem französischen Amtskollegen in dieser Frage eingeknickt sein könnte. Das wird von der Bundesregierung vehement bestritten. Auch die Ampelkoalitionäre wollen dabei bleiben, den von Merkel nach der Atomkatastrophe von Fukushima im Jahre 2011 durchgesetzten Atomausstieg beizubehalten.

KLIMAWANDEL**Faktencheck: Ist Atomenergie klimafreundlich?**

”Wer gegen Kernenergie ist, ist gegen Klimaschutz”, sagen Atomenergie-Befürworter. Darüber wird aktuell heftig gestritten. Aber was sagen die Zahlen? Ist die Kernenergie wirklich ein Ausweg aus der Klimakrise?

Es sind Zahlen wie diese, die Zweifel wecken, ob die Welt wirklich ernsthaft gegen die Klimakrise kämpft: Der globale CO₂-Ausstoß wird 2021 um 4,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr steigen, prognostizieren Forscher der Initiative ”Global Carbon Project” in ihrer jüngst veröffentlichten Studie. Ja, im Vorjahr waren die Emissionen pandemiebedingt um 5,4 Prozent gefallen und ein Rebound-Effekt war erwartet worden. Nicht aber, dass er so stark ausfällt. Und weil der Energiesektor mit einem Anteil von 40 Prozent weiter der größte Treibhausgasemittent ist (Tendenz steigend), richten sich die Blicke bei der Weltklimakonferenz COP26 zu allererst auf ihn. Wie kann unser Strom klimafreundlicher werden?

Manche sagen: mit mehr Atomenergie. Befürworter der Kernkraft sehen diese als klimaschonende Energie oder zumindest als wichtige Brückentechnologie: ”Wer gegen Kernenergie ist, ist gegen Klimaschutz”, ”wenn Du den Fortschritt der Nuklearenergie nicht unterstützt, bist du nicht ernsthaft für Treibhausgas-Reduktion” oder ”wer von Kernenergie nicht reden will, soll vom Klimawandel schweigen”, lauten virale Tweets der letzten Wochen. Und manche glauben sogar: ”Die Atomenergie steht vor ihrem Comeback.” Was ist dran an diesen Aussagen?

Ist Kernenergie emissionsfrei?

Nein. Auch die Kernenergie verursacht Emissionen von Treibhausgasen. Ganz frei von Emissionen ist allerdings kaum eine Energieform, doch dazu später mehr. Bei der Gewinnung, dem Transport und der Aufbereitung von Uran entstehen Emissionen. Auch der lange und aufwändige Bau der Atomkraftwerke setzt CO₂ frei. Beim Rückbau geschieht dies ebenfalls. Und nicht zuletzt muss der atomare Müll transportiert und unter strengen Vorgaben eingelagert werden - auch

hier sind Emissionen einzukalkulieren.

Auch beim Rückbau von Atomkraftwerken - wie hier im deutschen Mülheim-Kärlich - entsteht CO₂

Und doch behaupten Interessengruppen, Kernenergie sei emissionsfrei - zum Beispiel die österreichische Berater-Firma Enco. Sie erstellte für das niederländische Wirtschaftsministerium eine Studie, in der wohlwollend die mögliche zukünftige Rolle der Kernenergie für die Stromgewinnung in den Niederlanden betrachtet wird: ”Die Hauptgründe für die Wahl der Kernenergie sind die Verlässlichkeit sowie die Versorgungssicherheit und das ganz ohne jegliche CO₂-Emission.” Enco wurde von Experten der Atomenergie-Behörde gegründet und arbeitet mit Stakeholdern der Kernkraft - ist insofern also nicht ganz frei von Interessen.

”Unter Berücksichtigung des aktuellen Gesamtenergiesystems ist Kernenergie keineswegs CO₂-neutral.” Zu diesem Ergebnis kommt die Forschergruppe ”Scientists for Future” in ihrem zur Weltklimakonferenz vorgestellten Diskussionsbeitrag Kernenergie und Klima. Die DW sprach mit einem der Autoren des Berichts, Ben Wealer von der Technischen Universität Berlin. Er kritisiert, dass Befürworter der Atomenergie ”viele Faktoren nicht berücksichtigen”. Dies seien zum Beispiel der Bau und Betrieb von Endlagern, der Atommülltransport sowie der Rückbau der Anlagen. Alle Studien, die die DW einsehen konnte, deuten in die gleiche Richtung: Kernkraft ist nicht emissionsfrei.

Wie viel CO₂ entsteht bei der Produktion von Atomstrom?

Hier gehen die Ergebnisse weit auseinander, je nachdem, ob nur der Prozess der Energiegewinnung im engeren Sinne oder der gesamte Lebenszyklus ei-

nes AKW betrachtet wird. Allein der IPCC-Report von 2014 geht von einer Spanne von 3,7 bis 110 Gramm CO₂-Äquivalenten pro Kilowattstunde aus. Im Mittel ging man lange von 66 Gramm CO₂ pro erzeugter Kilowattstunde Atomstrom aus, doch das geht an der Realität vorbei, meint Ben Wealer, der eigentliche Wert liege höher. Neue Anlagen verursachen beim Bau - bedingt durch komplexere Vorschriften, zum Beispiel bei der Sicherheit - mehr CO₂ als frühere Anlagen.

Studien, die den gesamten Lebenszyklus von Atomkraftwerken sowie die Energiegewinnung von Uran-Gewinnung bis Atommüllagerung betrachten, sind selten. Einige Forscher verweisen auf noch fehlende Daten. Das World Information Service on Energy (WISE) hat in einer Studie den CO₂-Ausstoß auf 117 Gramm pro Kilowattstunde Atomstrom berechnet und dabei den gesamten Lebenszyklus berücksichtigt. Hier muss angemerkt werden: Das WISE setzt sich öffentlich gegen Atomenergie ein, ist somit nicht ganz unbefangen. Allerdings kommen auch andere Berechnungen auf ähnliche Werte, wenn der gesamte Lebenszyklus sowie Produktionsprozess berücksichtigt wird: 68-180 Gramm CO₂/kWh beträgt die Spanne laut Mark Z. Jacobsen, dem Direktor des Atmosphere and Energy Program der Stanford Universität, je nach Strommix bei der Urangewinnung und weiteren Variablen.

Wie klimafreundlich ist Kernenergie im Vergleich zu anderen Energien?

Bezieht man den gesamten Lebenszyklus eines AKW mit in die Berechnung ein, steht die Kernenergie zwar besser da als fossile Energieträger wie Kohle oder Gas. Doch der Abstand zu den erneuerbaren Energien ist beträchtlich. Nach neuen, noch unveröffentlichten Daten des deutschen Umweltbundesamtes sowie der WISE-Lebenszyklus-Berechnung wird bei der Kernenergie 3,5 Mal mehr CO₂ pro erzeugter Kilowattstunde freigesetzt als bei Photovoltaik-Anlagen. Im Vergleich zur landbasierten Windkraft ist es 13 Mal mehr CO₂ und gegenüber der Wasserkraft sogar 29 Mal mehr CO₂.

Kann ein Ausbau der Kernenergie die globale Erwärmung aufhalten?

Weltweit fordern einige Vertreter der Atomenergie sowie auch manche Politiker den Ausbau der Kernenergie, in Deutschland zum Beispiel die rechtspopulistische AfD, die die Kernkraft als "modern und sauber" bezeichnet. Die Partei fordert in Deutschland eine Rückkehr zur Atomkraft, in anderen Ländern wird der Bau neuer Anlagen gefordert. Die Argumentation: Ohne Kernkraft verschlechtere sich die Klimabi-

lanz des Energiesektors. Dem widersprechen zahlreiche Forscher: "Der Beitrag (der Kernenergie, Anm. d. Red.) wird zu optimistisch betrachtet", sagt Ben Wealer von der TU Berlin. "In Wahrheit sind die Bauzeiten zu lang und die Kosten zu hoch, um noch einen spürbaren Effekt auf den Klimawandel zu haben. Atomenergie ist zu langsam verfügbar."

Das sieht auch Mycle Schneider, Autor des World Nuclear Industry Status Reports (WNISR), so: "Atomkraft ist etwa viermal so teuer ist wie Wind oder Solar und der Bau dauert fünfmal so lang. Wenn man alles einkalkuliert, liegt man bei 15 bis 20 Jahren Vorlaufzeit für ein neues AKW." Die Welt müsse die Treibhausgase binnen der nächsten zehn Jahre in den Griff bekommen. "Und in den nächsten zehn Jahren kann die Atomkraft keinen nennenswerten Beitrag leisten."

Antony Froggatt, Forscher und Politikberater an der britischen Denkfabrik Chatham House, unterstützt diese Sichtweise. "Atomenergie ist keine Lösung für den Klimawandel." Eine Kombination aus zu hohen Kosten, den Folgen für die Umwelt sowie mangelnder öffentlicher Unterstützung sprächen gegen die Kernenergie.

Strom aus Atomkraft ist teuer, besonders wenn Folgekosten berücksichtigt werden

Durch die hohen Kosten für die Atomenergie blockiert die Technik zudem wichtige finanzielle Mittel für die Weiterentwicklung der regenerativen Energien, findet Nuklear-Experte und Greenpeace-Aktivist Jan Haverkamp. Erneuerbare Energien würden schneller, mehr und billigere Energie bereitstellen als Kernenergie. "Jeder Dollar, der in Kernenergie investiert wird, ist ein Dollar, der für wichtige klimawirksame Maßnahmen fehlt. In diesem Sinne ist Kernenergie nicht klimafreundlich."

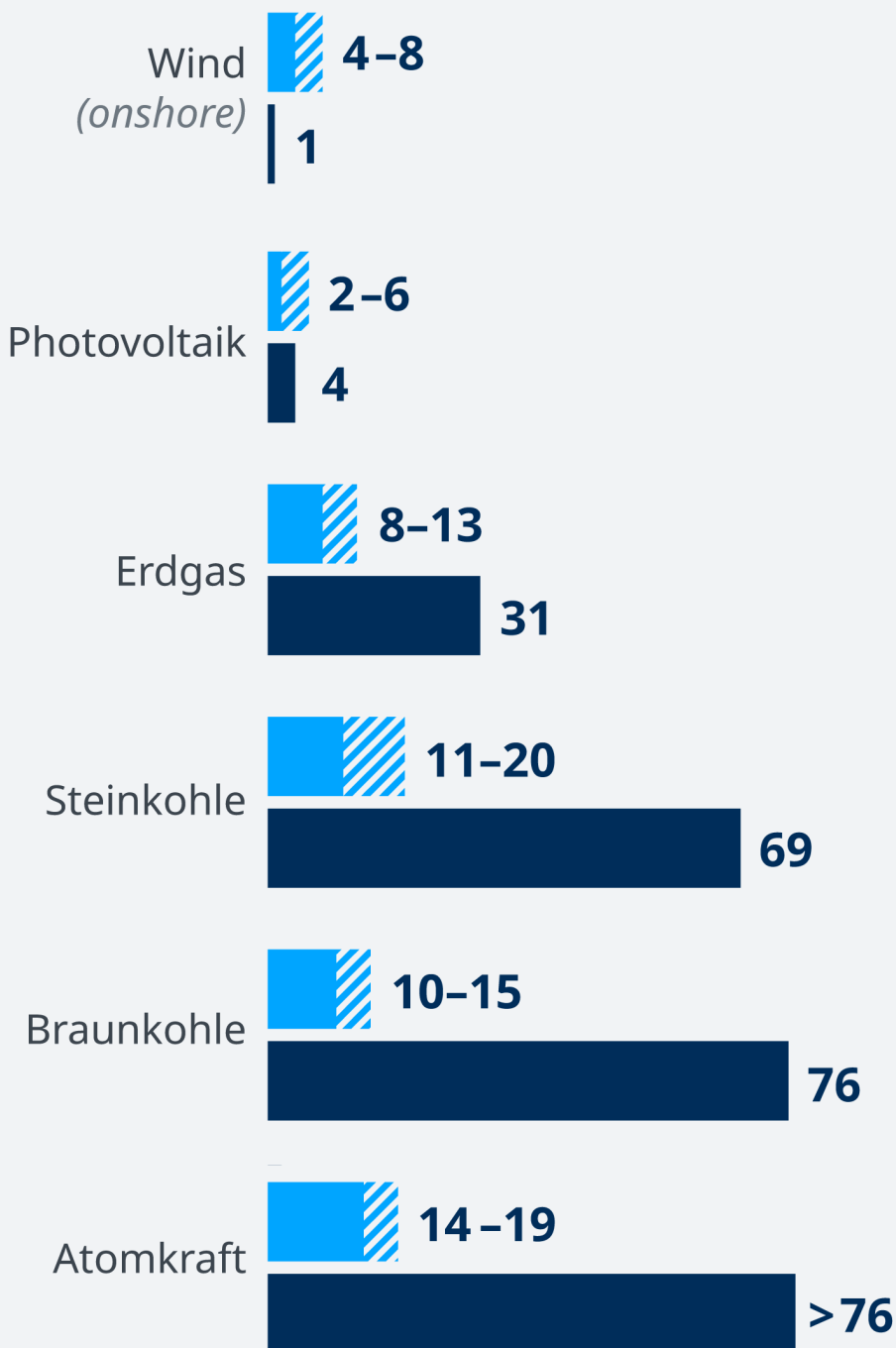
Hinzu kommt, dass die Atomenergie selbst ein Problem mit dem Klimawandel bekommt. In heißen Sommern mussten bereits mehrere AKW heruntergefahren oder ganz vom Netz gehen, da aufgrund sinkender Pegel vieler Flüsse die Kühlung der Reaktoren nicht mehr gewährleistet war.

Vor allem aber wegen ihrer sinkenden Bedeutung im Markt sei der Begriff der "Renaissance der Atomkraft" vor dem Hintergrund der Fakten nicht zu rechtfertigen, so Mycle Schneider im DW-Interview. De facto schrumpfte die Atomindustrie seit Jahren. "In den letzten 20 Jahren sind 95 AKW ans Netz gegangen und 98 abgestellt worden. Wenn man China herausgerechnet, dann ist die AKW-Flotte in den letzten 20 Jahren um 50 Reaktoren geschrumpft. Es gibt keine blühende Atomindustrie."

Was kostet Stromerzeugung in der EU?

in Eurocent/kWh

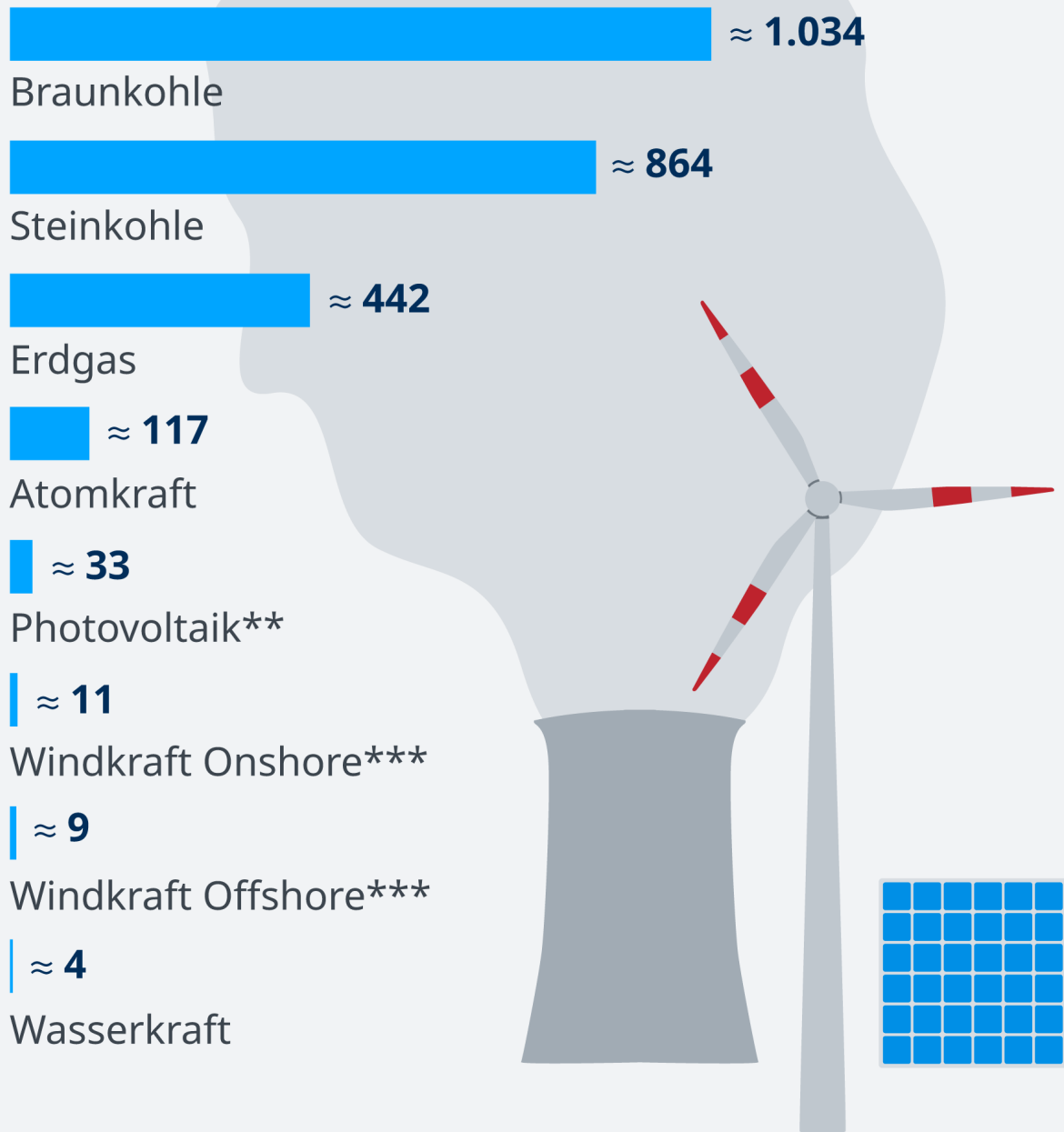
- Erzeugung mit neuen Großkraftwerken
- Folgekosten für Gesundheit, Umwelt und Klima



Quellen: Fraunhofer ISE, UBA, DIW | Stand: 2021

Wie klimafreundlich ist welcher Strom?

CO₂-Emissionen in Gramm pro kWh*



* in CO₂-Äquivalent kompletter Lebenszyklus

** für PV-Anlagen der Typen Mono c-Si und Multi c-Si

*** für Windräder der aktuellen Generation



Quelle: UBA, WISE

IN KULMBACH SOLL MAN SICH GEZIELT MIT DEM RÜCKBAU DER ANLAGEN BESCHÄFTIGEN**Neues AKW-Kompetenzzentrum**

In Kulmbach soll ein Kompetenzzentrum für Strahlenschutz entstehen. Das berichtet der BR. Es soll beim Rückbau der Kernkraftwerke in Deutschland eine bedeutende Rolle einnehmen – schließlich hat man hier damit schon Erfahrung.

Hintergrund: Der Rückbau von Atomkraftwerken in Deutschland ist eine Mammutaufgabe, für die es echte Spezialisten braucht – Spezialisten, wie sie im Landkreis Kulmbach zu finden sind. Deshalb soll das geplante neue Kompetenzzentrum für Strahlenschutz hier entstehen und beim Rückbau der Kraftwerke eine bedeutende Rolle einnehmen. Vorgesehen ist, das neue Kompetenzzentrum an der Außenstelle des Bayerischen Landesamts für Umwelt am Schloss Steinenhausen zu bauen. „Ein Leuchtturm der Umweltkompetenz in Oberfranken“ solle der Standort Kulmbach werden, sagt Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler).

Die Planungen sehen vor, dass der Neubau eine Bruttogrundfläche von 3700 Quadratmetern hat. Kosten: 42 Millionen Euro.

Für den Standort Kulmbach habe gesprochen, dass das dortige Personal des Landesamts für Umwelt Erfahrungen aus dem erfolgreichen Rückbau des Versuchsatomkraftwerks Kahl habe. Das Kernkraftwerk Kahl in Unterfranken war das erste kommerziell betriebene Kernkraftwerk in Deutschland. Es war 1985 stillgelegt und bis Ende 2008 rückgebaut worden.

Für das neue Kompetenzzentrum für Strahlenschutz sollen 15 Arbeitsplätze aus Augsburg nach Kulmbach verlagert werden. Bei der Stadt Kulmbach freut man sich über die Pläne zum neuen Kompetenzzentrum. „Das ist eine unglaubliche Bereicherung für Kulmbach.“, Der Landtag hat bereits zugestimmt und die Umsetzung soll bis 2025 abgeschlossen sein.

Drei bis fünf Castoren sollen kommen

Gesellschaft für Zwischenlagerung und EnBW präsentieren neue Lösung für Atommüll-Rückholung nach Philippsburg

Philippsburg. Bis spätestens 2024 soll hochradioaktiver Atommüll aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague in Philippsburg zwischengelagert werden. Über das Vorhaben haben jetzt die Bundesgesellschaft für Zwischenlager (BGZ) und EnBW erneut vor Ort informiert. Rund 20 Anwohner nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren.

Mit dem Termin in der Bruhrainhalle erfüllte die BGZ die Zusage in einer Gemeinderatssitzung vor vier Monaten, auch die Bürgerschaft über das Projekt zu unterrichten. Neben mehreren BGZ-Experten, so Pressesprecher Burghard Rosen und Hauptabteilungsleiter Wolfgang Arnold, standen auch Jörg Michels als Geschäftsführer der EnBW Kernkraft und Steffen Kanitz von der Geschäftsführung der BGZ für Erläuterungen zur Verfügung.

Beschlusslage ist, bis 2024 „drei bis fünf Castoren“ des Typs HAW28M auf den Weg nach Philippsburg zu schicken: Mengenmäßig sei das etwas weniger als ursprünglich geplant, doch dafür handelt es sich um hochradioaktive und nicht mehr um mittelfradioaktive Abfälle. Die Stahlbehälter mit Glasausstattung sind sechs Meter lang und pro Stück 115 Tonnen schwer. Mit der „Philippsburger Lösung“ werde die Rückführung der Atomabfälle aus Frankreich abgeschlossen, hieß es.

Wie Rosen als Leiter der Standortkommunikation ausführte, wurden die deutschen Kernkraftwerksbetreiber dazu verpflichtet, diese radioaktive Abfälle zurückzunehmen, die dort bei der Wiederaufarbeitung ab-

gebrannter Brennelemente entstanden sind. Das Konzept entspreche der fairen Lastenverteilung nach dem Verursacherprinzip. Für zuverlässig hält Arnold das Sicherheitskonzept mit dem Doppeldeckel-Dichtsystem an den eingesetzten Castoren. „Wir haben mit gefährlichen Stoffen zu tun, deshalb auch die dickwandigen Castorbehälter“, ergänzte Rosen.

Immerhin: Für die Philippsburger gibt es den Versuch eines Trostes: Die Gesamtlagermenge im Standortzwischenlager werde nur zu zwei Drittel ausgeschöpft. Auch mit den zurückgeführten Abfällen komme es lediglich zu etwa 20 Prozent des zulässigen Aktivitätsinventars, hieß es, also der Menge an Strahlenmaterials, das maximal in der Zwischenlagerhalle untergebracht werden darf. Auf der Rheinschanzinsel besteht Platz für 152 Castoren, wobei 62 Plätze bereits belegt sind, so die Information der BGZ.

Die Suche nach einem geeigneten Standort für ein Endlager soll bis 2031 abgeschlossen sein, bis 2050 könnte das Endlager dann betriebsbereit sein, lassen die BGZ-Vertreter wissen. So lange müsse der radioaktive Abfall in Spezialbehältern, den Castoren, zwischengelagert werden. Beim vorgeschalteten Pressegespräch hatte Bürgermeister Stefan Martus (parteilos) über die Klage der Stadt gegen das Zwischenlager mit der bedenklichen Einlagerung berichtet. Martus hatte bereits bei Bekanntwerden der Überlegungen, Atommüll aus La Hague in Philippsburg zwischenzulagern erklärt, man werde vor Ort dagegen vorgehen. Wörtlich hatte Martus gesagt, er erwäge den Einsatz „zivilen Ungehorsams“ gegen die Entscheidung.